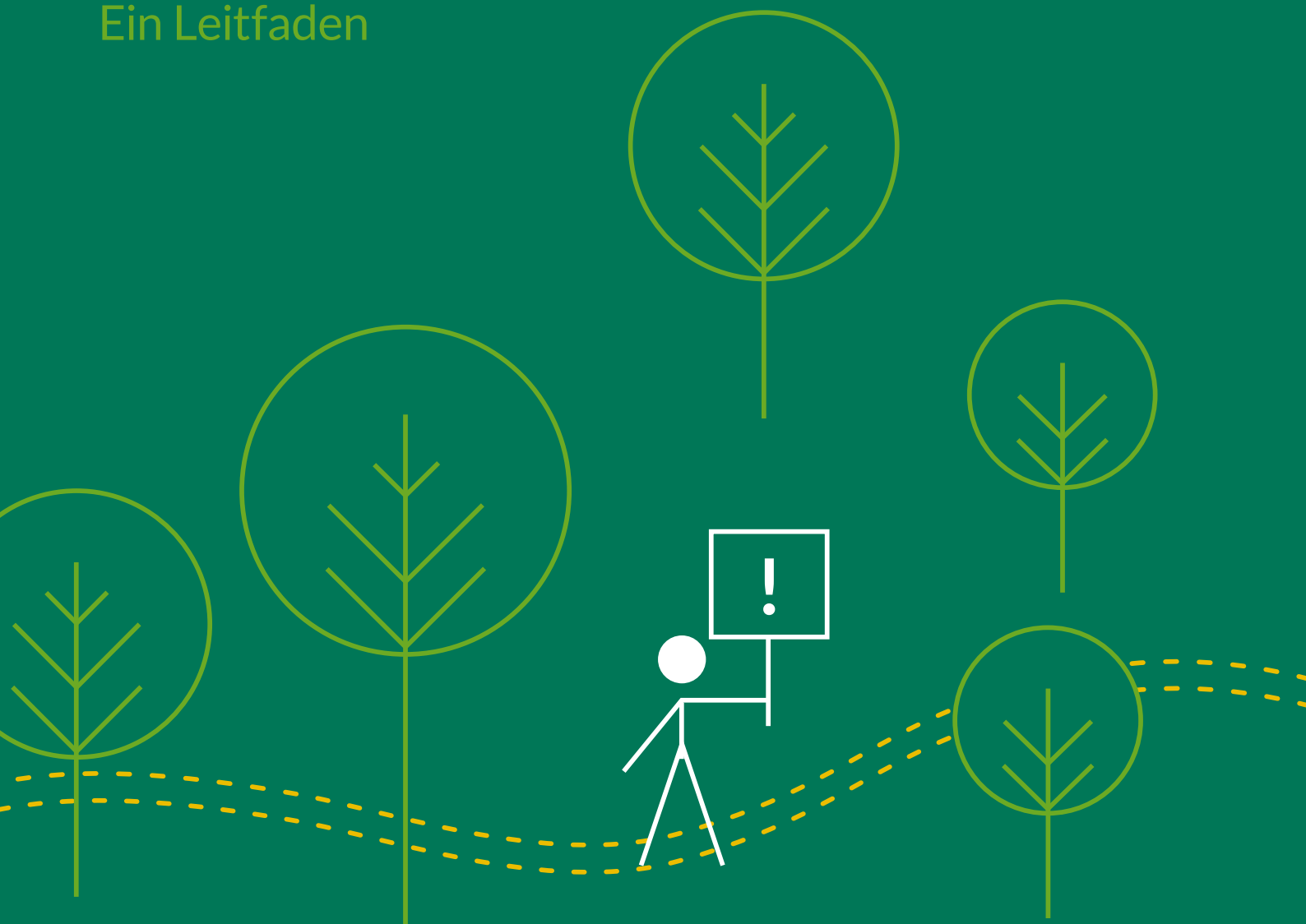


Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen

Ein Leitfaden



Inhalt

Aufpassen!	4
Bevölkerungswachstum	5
Der „deutsche“ Wald	7
Gentechnik	9
Heimatschutz	11
Leben im Einklang mit der Natur	13
Neobiota	15
Postwachstum	17
Regionale Wirtschaftskreisläufe	19
Tierschutz	21
Glossar	24
Weiterführende Literatur	25

Aufpassen!

Die Debatte über den Natur- und Umweltschutz kann heute, mit dem Erstarken nationalistischer Bewegungen in Europa, neue Facetten bekommen. Unbestritten haben sich die Umweltverbände seit Anfang der 1970er-Jahre als stabile, demokratische und einflussreiche Kräfte in der Zivilgesellschaft etabliert. Aber es gab in der Geschichte des Naturschutzes auch andere Seiten – insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus – die stärker beleuchtet werden müssen. Die im nationalistischen und rechtsextremen Denken verankerte „Blut und Boden“-Ideologie zu identifizieren und abzuwehren, das ist eine der Aufgaben der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN).

Wurde noch lange Zeit ein Zusammenhang zwischen Naturschutz und politischen Systemen ignoriert, wiesen Gert Gröning und Joachim Wolschke-Bulmahn 1983 auf einen Zusammenhang zwischen Naturschutz und Nationalsozialismus hin, insbesondere auf die Favorisierung diktatorischer und antisemitischer Ideologien zur Durchsetzung von Naturschutzziele nicht erst, aber vor allem in der NS-Zeit. Die damals für den Naturschutz Verantwortlichen waren überwiegend anti-demokratisch, völkisch-nationalistisch und autoritär. Schon diese historische Hypothek macht es notwendig, heute unmissverständlich für einen demokratischen Naturschutz in einer sozialen und demokratischen Welt einzutreten und allen nationalistischen Tendenzen entschieden entgegenzutreten.

Die extreme Rechte weiß, dass Themen aus dem Natur-, Tier- und Umweltschutz sich in der breiten Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuen und sich besser verkaufen lassen als plumpe rassistische Parolen. Rechtsextreme Gruppierungen und Akteur*innen bedienen sich dementsprechend ökologischer Themen, um ihre Forderungen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Dabei werden manche Formulierungen harmlos verpackt und sollen die menschenverachtenden Absichten verdecken. Andere Formulierungen hingegen beinhalten ganz offen Verschwörungstheorien und nationalistische Mythen.

Doch wie genau erkennt man rechtsextreme Motive? Was lässt sich diesen entgegen? Diese Handreichung gibt eine Hilfestellung für das Entlarven von rechtsextremen Denkmustern im Natur- und Umweltschutz und liefert Argumente gegen diese rechtsextremen Weltbilder.

Es werden jeweils Zitate aus verschiedenen Themenfeldern auf die dahintersteckenden Mythen und Argumentationen untersucht und kurze Vorschläge zur Erwiderung gemacht. Im Anhang gibt es ein Glossar mit Begriffserklärungen und Literaturempfehlungen für eine intensivere Beschäftigung mit dem Thema „Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz“.

Michael Müller
Bundvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands

Thema: Bevölkerungswachstum

„Zum Beispiel wäre schon viel gewonnen, wenn wir unsere Entwicklungshilfe daran koppeln, dass in diesen Staaten, wo es extreme Jugendüberschüsse gibt, auch etwas gegen die Überbevölkerung getan wird. Und da sind wir tatsächlich zur großen Politik gezwungen, in dem wir einfach anerkennen: Diese Jugendüberschüsse, die lassen sich eben nicht ewig in den eigenen Ländern halten. Und wir sollten realistisch herangehen, wir können diese Jugendüberschüsse nicht einfach abschaffen, aber wir können durch eine kluge Außenpolitik darauf hinwirken, dass sie eingedämmt werden zumindest.“

Wer hat das gesagt?

Felix Menzel auf dem „Konservatismus Kongress“ der Jungen Alternative Bayern am 14. Juli 2018. Felix Menzel ist Herausgeber und Chefredakteur der neu-rechten Zeitschrift *Blaue Narzisse* und Autor des neu-rechten Antaios-Verlags sowie der Zeitschrift *Sezession*.

Was steckt dahinter?

Die Aussage bezieht sich auf eine vermeintliche „Überbevölkerung“ der Erde. Allerdings wird das Problem nur außerhalb Europas gesehen. Die Vorstellung von einer „Überbevölkerung“ der Erde geht zurück auf den britischen Ökonomen Thomas Robert Malthus (1766–1834). In seinem „Essay on the Principle of Population“ (deutsch: „Das Bevölkerungsgesetz“) von 1798 stellte er die Theorie auf, dass sich die Bevölkerung exponentiell vermehre, wohingegen die Nahrungsmittelproduktion nur linear wachse.

Demzufolge führe ein unkontrolliertes Bevölkerungswachstum zu Hungersnöten und Armut. Um dieser sogenannten „Bevölkerungsfalle“ zu entkommen, schlug Malthus sexuelle Enthaltsamkeit und die Abschaffung der Armenfürsorge vor. Eine drohende „Überbevölkerung“ sollte also durch die Verringerung der Geburtenraten, hier vor allem bei den Armen, abgewendet werden. Diese Denkrichtung ist gemeinhin als Malthusianismus bekannt und erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit in jeglichen politischen Spektren.

Problematisch an diesen Gedanken ist ein sozialdarwinistisches und teils eugenisches Fundament: Es werden zunächst die Armen und Schwachen der Gesellschaft „geopfert“, um den allgemeinen Wohlstand zu sichern. Das impliziert eine Ungleichwertigkeit von Menschen – in diesem Fall eine mindere Wertigkeit der unteren Klassen.

Mit der Zeit zeigte sich, dass die von Malthus prophezeiten Horrorszenarien nicht eintraten, aber seine Ideen waren und sind weiterhin populär. Als „Neomalthusianismus“ wird eine Entwicklung der Grundideen bezeichnet, die auf strikte Geburtenkontrollen setzt. Während Malthus diese noch ablehnte, da sie mit dem christlichen Glauben unvereinbar seien, wurde ab Mitte des 19. Jahrhunderts offensiv für Verhütungsmittel geworben.

Der Neomalthusianismus nimmt an, dass sich das steigende Bevölkerungswachstum vor allem in Ländern des Globalen Südens wirtschaftshemmend auswirkt. Zum Wohle der (Welt-) Wirtschaft und zur Verhinderung von Kriegen müsse also für strikte Geburtenkontrollen gesorgt werden. Anhänger*innen dieser Theorie imponiert die bis 2010 in China praktizierte „Ein-Kind-Politik“. Diese habe das enorme Wirtschaftswachstum Chinas erst ermöglicht und potenzielle Konflikte verhindert. Heute finden sich neomalthusianische Ansätze nicht nur bei den extrem Rechten, sondern auch in ökologischen Bewegungen

wieder. In Debatten um ökologische Fußabdrücke, Ressourcen- ausbeutung oder „Grenzen des Wachstums“ gibt es nicht selten Verweise auf eine nötige Beschränkung der Weltbevölkerung oder gar das Problem einer „Überbevölkerung“.

Diese Geburtenkontrollen werden im oben genannten Beispiel mit der „klugen Außenpolitik“ für den Globalen Süden gefordert, damit diese „Jugendüberschüsse“ nicht in hoher Zahl nach Deutschland kommen und die Bevölkerungsstruktur verändern.

Das zeigt auch das eindeutig rassistische Potenzial und die Furcht vor dem sogenannten „Volkstod“. Das „deutsche Volk“ oder – in diesem Fall weiter gefasst – das „europäische Volk“ wird als ethnisch homogene Gruppe gesehen, die sich als „Art“ erhalten müsse. Damit wird eine konkrete Bedrohung an die Wand gemalt, deren Lösung bevormundend, frauenfeindlich und rassistisch ist.

Was lässt sich dem entgegen?

Es gibt kein Problem mit der Bevölkerungsdichte der Erde, sondern ein Problem mit der gerechten Verteilung und der Wirtschaftsweise.

Die weltweite Nachfrage nach natürlichen Ressourcen übersteigt laut „Global Footprint Network“ das Angebot an regenerativen Ressourcen. Derzeit bräuhete die Erde mehr als anderthalb Jahre, um den weltweiten Verbrauch an natürlichen Ressourcen eines Jahres zu decken. Es ist also durchaus angebracht in diesem Zusammenhang von „Raubbau“ zu sprechen. Nicht angebracht ist es hingegen, „die Menschen“ als Kollektiv für diesen Raubbau verantwortlich zu machen. Denn tatsächlich sind die Unterschiede zwischen Staaten und Regionen erheblich. Es sind insbesondere die Länder im Globalen Norden mit hohem Lebensstandard, die pro Kopf mehr Ressourcen verbrauchen als die Länder im Globalen Süden. Aber auch im Globalen Norden muss man differenzieren. Nicht alle steigen mehrmals

jährlich ins Flugzeug. Nicht jede*r fährt mit dem Auto, kauft ständig neue Kleidung und Möbel und lebt in Einfamilienhäusern. Nicht jede*r isst täglich Fleisch und Milchprodukte. Auch im Globalen Norden sind nicht „die Menschen“ als Kollektiv verantwortlich.

Rechtsextreme verlagern Fragen nach Ressourcenverbrauch vor allem auf den afrikanischen Kontinent. Die Logik dahinter ist rassistisch und muss als solche benannt werden. Demokratische Umweltschützer*innen erkennen an, dass jede Form von Bevölkerungspolitik Symptome gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufweist (zum Beispiel Rassismus, Sexismus, Ableismus) und stellen deshalb deutliche Distanz zu diesen Denkmodellen her.

Eine menschenrechtsbejahende Umweltpolitik stellt stattdessen Gerechtigkeitsfragen. Sie fragt, wie viel verbraucht werden darf, damit alle Menschen heute und in Zukunft ein gutes Leben führen können. Sie stellt zudem die Frage nach der historischen ökologischen Schuld des Globalen Nordens und nach der daraus resultierenden Wiedergutmachung.

„Wir leben in einer beschränkten Welt, und es gibt verschiedene Ansätze, wie man damit umgehen kann, aber ich habe da eine gute Botschaft, im Moment wächst die Bevölkerung global nur noch, weil die Leute – und das finde ich durchaus etwas Positives – älter werden, weil die Gesundheitsbedingungen besser geworden sind, und wir bewegen uns global auf ein Bevölkerungsgleichgewicht von 10 bis 11 Milliarden zu.“

Balthasar Glättli, Grüne Partei der Schweiz, am 19. August 2014, in einem Interview mit infosperber.ch

Thema: Der „deutsche“ Wald



Wer hat das gesagt?

Gerhard Keil in der Ausgabe 3/2017 der Zeitschrift *Umwelt & Aktiv*. Keil ist regelmäßiger Autor der als Mitgliederzeitschrift des Midgard e.V. herausgegebenen rechtsextremen *Umwelt & Aktiv*. Das NPD-nahe Magazin verbindet in seinen Ausgaben Natur-, Heimat- und Tierschutzthemen mit völkischen Ideologien.

Was steckt dahinter?

In dem Zitat wird eine naturspirituelle Unterscheidung zwischen „Arten“ von Menschen vorgenommen. „Art“ wird dabei als anderes Wort für „Rasse“ benutzt und es wird davon ausgegangen, dass diese verschiedenen „Arten“ eine gemeinsame Seele besitzen würden, die von der Umgebung definiert wird. Dahinter steckt die Annahme der „natürlichen“ und wechselseitigen Verbindung von Mensch und Landschaft, die als starre Biotope untrennbar vereint sind.

„Unsere abendländische Art Mensch germanisch-keltischer Abstammung darf mit einer Waldseele ausgestattet beschrieben werden, die sich kulturell nicht unerheblich von der morgenländischen Wüstenseele unterscheidet. Der Wald ist nicht allein kultureller Fluchtpunkt deutscher Romantik, sondern eine regelrechte Freilufttheater.“

Da das Gebiet des heutigen Deutschlands vor allem früher über eine hohe Walddichte verfügte, haben Menschen „germanisch-keltischer Abstammung“ also eine „Waldseele“ im Gegensatz zu der „morgenländischen Wüstenseele“, die sich auf die Bevölkerung des Nahen Ostens bezieht.

Der Mythos vom deutschen Wald und den „Deutschen“ als „Waldvolk“ geht auf die Kunst und Literatur des frühen 19. Jahrhunderts zurück. Eine große Rolle spielte dabei die Wiederentdeckung der Schriften des römischen Historikers Tacitus, der ungefähr um 100 n. Chr. in seinem Werk „Germania“ eine Beschreibung der Menschen und der Natur auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands angefertigt hat. Die Charakterisierung der germanischen Stämme als wild, unzivilisiert und widerstandsfähig eignete sich hervorragend als Ursprungserzählung des „deutschen Volkes“. Die Beherrschung der aus römischer Sicht ungemütlichen Landschaft, die zu großen Teilen aus dichten Wäldern bestand, wurde als positive Zuschreibung

von Stärke und Überlegenheit gegenüber den im sonnigen Süden siedelnden Völkern interpretiert. Hinzu kam die Überlieferung der Varusschlacht, bei der Arminius römische Truppen im Teutoburger Wald vernichtend geschlagen hat und damit die Ausbreitung des Römischen Reichs auf die Gebiete östlich des Rheins verhindert haben soll. Zu Arminius' Ehren wurde 1875 in Detmold ein Denkmal errichtet. Dieses wird auch heute häufig von Pilgernden mit rechter Gesinnung aufgesucht, die den völkischen Mythos der Befreiung von der Fremdherrschaft aufleben lassen.

Im Jahre 1904 wurde von Ernst Rudorff (1840–1916) der Bund Heimatschutz gegründet. Er warnte vor schädlichen nichtdeutschen Einflüssen auf den für das Nationalgefühl so wichtigen Wald. In diesem Denken wurden die Grundlagen für den Antisemitismus des Nationalsozialismus gelegt. Der Wald wurde zur Projektionsfläche für modernitätskritische, nationalistische, rassistische und biologistische Ideologien. Die vermeintlich natürliche Überlegenheit des germanischen „Waldvolks“ gegenüber dem jüdischen „Nomaden- und Wüstenvolk“ ließ sich problemlos in die „Blut und Boden“-Ideologie einbetten. Aus dieser Sicht besteht nämlich eine Verbindung zwischen „Volk und Raum“, das heißt Menschen sind durch ihre Abstammung an einen bestimmten Ort gebunden und – wie der Wald – in ihm verwurzelt.

In der Zeit des Nationalsozialismus zeigte sich Hermann Göring als Reichsforstmeister persönlich für den Schutz des Waldes und der Natur verantwortlich. Göring beschwor in seinen Reden eine ewige Schicksalsgemeinschaft von Volk und Wald. Ohne den Wald könne das deutsche Volk nicht überleben. Auf eben diese Schicksalsgemeinschaft bezieht sich Gerhard Keil in der *Umwelt & Aktiv* und hebt lobend die Maßnahmen zum Erhalt des deutschen Waldes des NS-Regimes hervor.

Was lässt sich dem entgegen?

Die Behauptung, dass die Abstammungslinie auf die Seele einwirkt, gehört ins Reich der rechts-esoterischen oder germanischen Mythen. Aber auch ohne die Vorstellung einer „Seele“ besteht keine natürliche Verbindung von Menschen zu der sie umgebenden Landschaft oder der Landschaft ihrer Vorfahren. Das wird von der Anpassungsfähigkeit der Menschen – und zwar aller Menschen –, sich in unterschiedlichen Landschaften zurechtzufinden und zu leben, deutlich widerlegt. Es ist richtig, dass viele Menschen in Deutschland die Wälder schätzen und in ihnen spazieren gehen, aber das hat nichts mit einer spirituellen Energie zu tun, die nur für Nachkommen der German*innen als „Freiluftheilanstalt“ wirkt.

Außerdem findet sich hier eine klar rassistische Denkweise in der Unterscheidung von Menschen in verschiedene Arten oder „Rassen“, welche wissenschaftlich nicht haltbar ist.

„Mittlerweile soll der Gedanke der Verwurzelung nicht mehr eine Widerstandsfähigkeit gegen behauptete Feindvölker stärken, sondern gegen reelle Sturmgefahren infolge des Klimawandels schützen. Erneute waldanschauliche Aufladungen könnte ein demokratisch-rational reflektierter Naturbezug verhindern, der vergangene Entwicklungen [...] kritisch hinterfragt.“

Johannes Zechner, 2017, in:
„Natur der Nation. Der ‚deutsche Wald‘ als Denkmuster und Weltanschauung“
für *Aus Politik und Zeitgeschichte/bpb.de*

Thema: Gentechnik

„Die NPD spricht sich deshalb für ein Verbot sämtlicher gentechnischer Nahrungs- und Futtermittel aus. Die damit einhergehenden gesundheitlichen und ökologischen Risiken sind nicht kalkulierbar. Unsere Bauern dürfen nicht zu wehrlosen Opfern von Banken, EU-Bürokraten und internationalen Saatgut- und Düngelieferanten werden, die Abnehmerpreise und verwendetes Saatgut diktieren.“

Wer hat das gesagt?

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) auf ihrer Webseite (abgerufen am 13.11.2018). Die NPD ist eine rechtsextreme Kleinpartei. Seit ihrer Gründung im Jahr 1964 vertritt sie völkisch-nationalistische Ideologien und gilt als Sammelbecken rechtsextremer Akteur*innen.

Was steckt dahinter?

Die NPD verschreibt sich einem ganzheitlichen Verständnis natürlicher Wirkungszusammenhänge, um die „Heimat“ mitsamt ihren Lebewesen zu schützen. Dieses ganzheitliche Verständnis geht von einer organisch gewachsenen homogenen Volksgemeinschaft aus, die nur im Zusammenhang mit den Tieren und Pflanzen der Umgebung entstehen konnte. Das heißt also, dass die Veränderung eines Teils sich auch auf das Ganze auswirkt.

Eine solche Veränderung wäre dementsprechend der gentechnische Eingriff in die Produktion von Nahrungs- oder Futtermitteln. Die Einschätzung über die nicht kalkulierbaren gesundheitlichen und ökologischen Risiken teilen viele Wissenschaftler*innen und demokratische Natur- und Umweltschutzverbände. Doch bei der NPD kommt noch etwas Anderes hinzu: die Angst vor der Schädigung des „Volkskörpers“. Diese Angst findet sich im rechtsextremen Spektrum immer wieder. Sie

geht auf die nationalsozialistische Ideologie von der Schaffung eines neuen Menschen zurück. Mit Euthanasie-Programmen, also dem Mord oder der Sterilisierung von Menschen, die als „unwertes“ Leben bezeichnet wurden, wollten die Nazis das deutsche Volk zu einer „Herrenrasse“ weiterentwickeln. Solche NS-Ideologie-Versatzstücke mit deutlichem Bezug auf sozialdarwinistisches Denken stecken also hinter der Ablehnung von Gentechnik.

Doch das ist nicht alles. In dem angeführten Zitat findet sich auch eine klare Täter-/Opfer-Perspektive. Die „wehrlosen Bauern“ werden zu Opfern der „Banken, EU-Bürokraten und internationalen Saatgut- und Düngelieferanten“. Es wird auf der einen Seite die EU als supranationale Organisation angegriffen, die dem „deutschen Volk“ und damit dem „deutschen Bauern“ sagt, was sie zu tun haben. Dieser Verlust von Souveränität wird von Rechtsextremen heftig kritisiert und damit auch meist die Europäische Union an sich abgelehnt. Auf der anderen Seite werden internationale Konzerne und Banken angegriffen, welche die Preise diktieren würden. Diese Kritik ist gerade im Saatgut-Sektor nicht ganz falsch, dennoch steckt dahinter purer Antisemitismus. Börsennotierte Unter-



nehmen und vor allem Banken werden gemäß antisemitischer Verschwörungsideologien zumeist von jüdischen Menschen geleitet. Insbesondere der Verweis auf die „Internationalität“ deutet auf antisemitisches Denken hin. Denn in diesem Denken wird internationale Kooperation meistens von einer „jüdischen Weltelite“ vorangetrieben, die dafür sorgt, das „deutsche Volk“, aber auch andere europäische Völker, nicht zu großer Macht kommen zu lassen. Und auch dieses Motiv leitet sich direkt aus der NS-Ideologie ab. Damals wurde vor einer „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ gewarnt und zwischen „schaffendem und raffendem Kapital“ unterschieden. Das „schaffende Kapital“ war im Nationalsozialismus unter anderem der bäuerliche Kleinbetrieb, der seine eigene „Scholle“ beackert. Das „raffende Kapital“ hingegen fand sich auf den Finanzmärkten wieder und vermehrte sich durch unehrliche Methoden wie das Eintreiben von Zinsen und Spekulationen.

Die NPD sieht die deutschen Landwirt*innen als Opfer und rechtfertigt mit dieser Opferrolle einen Widerstand gegen die vermeintlichen Täter.

Was lässt sich dem entgegen?

Zunächst lässt sich gegen eine kritische Hinterfragung von Gentechnik und deren möglichen gesundheitlichen und ökologischen Risiken nichts einwenden. Daher muss das Motiv dahinter deutlich gemacht werden. Es geht der NPD nicht um die Gesundheit aller Menschen, sondern um die Gesundheit und das Fortbestehen eines rassistisch überhöhten „deutschen Volkes“.

Weiter muss die Ablehnung des Einflusses internationaler Banken und Konzerne – bei aller berechtigten Kritik – in diesem rechten Kontext auch beim Namen genannt werden: Es handelt sich um Antisemitismus, der sich auf Verschwörungstheorien bezieht. Die Einteilung der Welt in Täter und Opfer ist schlichtweg nicht so einfach, wie es dargestellt wird.

Der demokratische Natur- und Umweltschutz nimmt eine solidarische Position ein. Er richtet seinen Blick auf die Bäuer*innen im Globalen Süden und thematisiert die neokolonialen Abhängigkeitsverhältnisse, die auch von deutschen Firmen (zum Beispiel Bayer) forciert werden. Er benennt den Zusammenhang von der Verwendung transgenen Saatguts mit dem Einsatz von Agrargiften. Zudem thematisiert er sozioökonomische Aspekte und Teilhaberechte, wie zum Beispiel Veränderungen von Betriebsgrößen und Eigentumsverhältnissen, die sich durch den Anbau von transgenem Saatgut in Ländern des Globalen Südens ergeben.

„Sehr verehrte Damen und Herren Aktionärinnen und Aktionäre. Wenn Sie meinen, Brasilien sei das Land des Gewinnes egal um welchen Preis und auf wessen Kosten, und wenn Sie meinen, dass Sie in unser Land all Ihren Müll, der hier zu nichts mehr taugt, abladen können, dann seien Sie gewiss, dass wir Widerstand leisten werden.“

Rede von Alan Tygel von der brasilianischen Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida auf der Jahreshauptversammlung der Bayer AG am 25. Mai 2018 in Bonn

Thema: Heimatschutz

„Umweltschutz ist extrem eng und ganz klar mit Heimatliebe verknüpft. Umweltschutz hat nichts, aber auch gar nichts, mit Multi-Kulti, Einwanderung und Globalisierung zu tun.“

Wer hat das gesagt?

Martin Sellner, eine der Führungspersonen der „Identitären Bewegung Österreichs“ in seinem Video-Blog vom 14. Juni 2014. Als Autor für neu-rechte Magazine wie der *Sezession* und Veröffentlichungen im Antaios-Verlag tritt er vor allem medial stark in Erscheinung.

Was steckt dahinter?

Bei rechtsextremen Parteien fasst man das Ganze etwas kürzer und skandiert: „Umweltschutz ist Heimatschutz“ (zum Beispiel NPD, Der III. Weg, Die Rechte). Heimat ist für viele Menschen ein emotionaler Begriff; er beschreibt einen Ort oder ein Gefühl. Sofern diese Orte oder Gefühle als positiv empfunden werden, spricht eigentlich nichts gegen einen Schutz dieser Heimat und damit verbunden auch den Schutz der Umwelt. Doch wie genau sehen dieser Heimatschutz und diese Heimatliebe aus?

Umweltschutz ist für die extrem Rechten in erster Linie das Bewahren einer Kulturlandschaft, die dem romantischen Bild eines bäuerlich geprägten Deutschlands entspricht. In ihrer Wahrnehmung verfälschen „gebietsfremde“ Tiere, Pilze oder Pflanzen, sogenannte Neobiota, diese reaktionäre ästhetische Vorstellung von der „deutschen Natur“. Ebenso missfällt den Rechten eine industriell geprägte Landwirtschaft, vor allem aufgrund der internationalen Konzerne, hinter denen nicht selten eine „jüdische Elite“ vermutet wird.

Und diese Vorstellungen entsprechen auch schon stark dem Begriff des Heimatschutzes. Die Heimat wird mit ihrer Umge-

bung als etwas Starres wahrgenommen, das durch Veränderung zerstört wird. Ein zentraler Gedanke für Rechtsextreme ist dabei die „natürliche“ (geodeterministische) Verbindung von „Volk und Raum“, „Blut und Boden“, Land und Leuten. In dieser Vorstellung bedeutet die Veränderung der „deutschen Umwelt“ automatisch eine Veränderung des „deutschen Volkes“. Um diese Zerstörung oder Veränderung zu verhindern, sucht man in völkischen Argumenten und Traditionen die Lösung. Heimat bedeutet für Rechtsextreme eine Abschottung von allem Fremden.

Der Ursprung des Heimatschutzes im ausgehenden 19. Jahrhundert um Ernst Rudorff (1840–1916) wehrte sich primär gegen einen „jüdischen Materialismus“ und sozialistische Einflüsse aus der Arbeiterbewegung. Heute umfasst der Heimatschutz ein breiteres Spektrum an rassistischen Auffassungen – gegen sämtliche Menschen, die nicht einem völkisch-deutschen Verständnis entsprechen.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich letztlich auch eine der wichtigsten Forderungen rechtsextremer Parteien und Gruppierungen: die Schließung der Grenzen und eine Ausweisung aller hier lebenden Menschen, die nicht ihrer völkischen Vorstellung von Deutschen entsprechen.

Denn in dieser Vorstellung gehören diese Menschen nicht in die hiesige Natur und Umwelt, sondern verändern sie und schaden ihr damit – was zusätzlich zur Zerstörung der „deutschen“ Heimat führt.

Mag Heimatliebe also zunächst nicht sehr verdächtig klingen, versteckt sich dahinter doch oft eine völkische Ideologie, die von Rechtsextremen genutzt wird und zu Ausgrenzung und Diskriminierung führt.

Was lässt sich dem entgegen?

Zunächst sollte die falsche Vorstellung von der natürlichen Verbindung von Menschen mit ihrer Umgebung, im Sinne eines Habitats, entschieden zurückgewiesen werden. Menschen haben einen Wohnort, keinen Lebensraum, im Sinne eines Habitats. Sie sind deshalb auch nicht an ihren Wohnort gebunden. Sie können ihn verlassen. Ortwechsel und landschaftliche Veränderungen sind auch keine Neuerungen, die mit der Globalisierung aufgetreten sind. Vielmehr ist die gesamte Menschheitsgeschichte eine Geschichte der Migration. Menschen haben schon immer aus verschiedensten Gründen ihre Wohnorte gewechselt und dabei Einflüsse (auch Tiere und Pflanzen) aus anderen Teilen der Welt mitgebracht. Ebenso war auch die Landschaft immer von Veränderungen geprägt.

Die rechtsextreme Vorstellung von „Heimat“ traf möglicherweise nie zu. Sie ist rassistisch motiviert, weil es um die strikte Ablehnung von Migration geht. Außerdem besteht kein Widerspruch zwischen Globalisierung und Umweltschutz, denn national lassen sich die meisten Umweltprobleme nicht lösen. Die Natur kennt schließlich keine Landesgrenzen.

Ein demokratischer Umwelt- und Naturschutz geht nicht von einem exklusiven Heimatbegriff aus, sondern nimmt die Wohnorte aller Menschen auf der Welt in den Fokus: Denn richtig ist, dass viele Menschen heute Umweltveränderungen innerhalb eines Menschenlebens deutlich wahrnehmen (können). Richtig ist auch, dass diese Umweltveränderungen Auswirkungen auf die Lebenssituation und die Lebensumstände von Menschen haben. Nicht selten sind die Umweltveränderungen so gravierend, dass Wohnorte verschwinden und deshalb verlassen werden müssen. Gerade die Menschen im Globalen Süden – und hier insbesondere die Küstenbewohner*innen – sind von diesen Veränderungen massiv betroffen.

„Die EU sollte den Bewohnern von Inselstaaten, die durch den Klimawandel bedroht sind, die europäische Staatsbürgerschaft anbieten und ihnen eine würdevolle Migration ermöglichen.“

*Ricarda Lang,
Grüne Jugend, am 3.8.2018 im ZDF*



Thema: Leben im Einklang mit der Natur

„Der Mensch ist Teil der Natur und darf folglich nicht mehr beanspruchen als ihm zusteht. Er ist nicht die Spitze der Schöpfung. Er ist nicht der Gebieter über die Natur und über die göttlichen Möglichkeiten. Der Mensch muss sich einfügen in ein natürliches Geflecht.“

Wer hat das gesagt?

Philip Stein im April 2016 bei einem Lesertreffen der Zeitschrift *Umwelt & Aktiv* in Thüringen. Stein ist Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft und Vorsitzender des rechten Kampagnen-Netzwerks „Ein Prozent für unser Land“.

Was steckt dahinter?

Das Zitat beschreibt eine organisch gewachsene natürliche Ordnung der Natur, in welche nicht zu stark eingegriffen werden sollte. Der Mensch wird innerhalb dieses Zitates als rein biologisches Wesen begriffen. Bei der Aussage handelt es sich deshalb um eine Variante des Sozialdarwinismus. Der Sozialdarwinismus ist einer der grundlegendsten Bestandteile eines rechtsextremen Weltbilds. Es geht um die Übertragung von Erkenntnissen aus der Evolutionslehre auf menschliche Gesellschaften und einen daraus resultierenden ewigen „Kampf ums Dasein“. Übertragungen aus der Biologie auf die menschliche Gesellschaft werden „Biologismus“ genannt.

Der englische Philosoph und Soziologe Herbert Spencer (1820–1903) wird als Gründer dieser Denktradition angesehen. Für ihn war das Prinzip „survival of the fittest“ (Überleben der am besten Angepassten) auch das Grundprinzip der menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Nach dieser Annahme gilt das „Recht des Stärkeren“ sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch zwischen Individuen und Staaten.

Mit der Übernahme solcher Theorien durch Darwinisten wie Ernst Haeckel (1834–1919) kamen auch bald Vorstellungen von der Züchtung von Menschen dazu. Die Hypothese von der unterschiedlichen Wertigkeit menschlichen Lebens erfreute sich großer Beliebtheit und führte schließlich zu einer Politik der „Eugenik“ und „Rassenhygiene“ im NS-Regime. Die Nationalsozialisten rechtfertigten damit ihren Massenmord an Menschen, die aus ihrer Sicht weniger wert als andere waren. Entweder, weil sie nicht zum „deutschen Volk“ gehörten, wie jüdische Menschen, oder als „Belastung für den Volkskörper“ galten, wie Menschen mit Behinderungen und viele weitere Gruppen. Auch die Vernichtungskriege zur Gewinnung von „Lebensraum im Osten“ wurden sozialdarwinistisch damit gerechtfertigt, dass die natürliche Überlegenheit des „deutschen Volkes“ zu einer legitimen Ausbreitung des Gebietes führen müsse.

Wirtschaftliche Annahmen sich selbst regulierender freier Märkte, in denen sich die Stärksten durchsetzen, basieren letztlich auf dem gleichen Prinzip von der Einordnung in „natürliche“ Zusammenhänge. Wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen und Umverteilungsmaßnahmen dienen als Ausgleich und werden seit jeher von wirtschaftsliberaler wie auch von rechtsextremer Seite attackiert – bei den Rechtsextremen herrscht die Überzeugung von der Ungleichwertigkeit von Menschen zweifellos stärker vor.

Die Rollenbestimmung des Menschen als naturgegeben hat auch eine andere Funktion: Emanzipatorische Politik jeglicher Form wird von vornherein als „widernatürlich“ gekennzeichnet und damit delegitimiert. Traditionelle Vorstellungen von Gesellschaften und Menschen würden viel eher im Einklang mit der Natur sein.

Was lässt sich dem entgegen?

Es ist richtig, dass der Mensch Teil der Natur ist. Aber der Mensch ist auch ein kulturelles und soziales Wesen. Er ist in der Lage, sich über vermeintlich natürliche Grenzen hinwegzusetzen. Er hat neben der biologischen auch eine kulturelle Evolution durchlaufen. Die Reduktion des Menschen auf seine biologischen Anteile kommt deshalb auch einer Leugnung der menschlichen Existenz gleich.

Außerdem ist die Kategorisierung von Menschen in verschiedene Rassen und damit auch in verschiedene Wertigkeiten wissenschaftlich längst widerlegt. Derartige Einteilungen oder Versuche der Legitimierung durch sozialdarwinistische Argumente lassen sich nicht mit der Unantastbarkeit der Menschenwürde vereinen und müssen daher deutlich benannt und zurückgewiesen werden.



Ein demokratischer und menschenrechtsbejahender Umweltschutz begreift menschliche Bedürfnisse und umweltschützende Maßnahmen nicht als Gegensatzpaare. Er erkennt an, dass die Ausbeutung der Natur und die Ausbeutung des Menschen stets Hand in Hand gehen. Sein Engagement gilt deshalb der Natur und dem Menschen gleichermaßen.

„Die NaturFreunde üben bis heute Solidarität mit den ausgebeuteten Menschen und der ausgebeuteten Natur. Wir gehen von einem Verständnis aus, das die Natur als natürliche Mitwelt und das Zusammenleben der Menschen als soziale Mitwelt versteht. Soziale und ökologische Gerechtigkeit gehören in unserem Verständnis zusammen. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass die soziale Mitwelt nicht gegen die natürliche Mitwelt ausgespielt werden darf. Umgekehrt darf es auch keinen Gegensatz zwischen Ökologie und Sozialem geben. Vielmehr geht es darum, dass wir Verantwortung übernehmen – nicht nur für die Verhältnisse heute, sondern auch für gute soziale und ökologische Lebensbedingungen künftiger Generationen.“

*NaturFreunde-Resolution
„Schutz der natürlichen und sozialen Mitwelt“,
Beschluss des 30. NaturFreunde-Bundeskongresses 2017*

Thema: Neobiota

„Wenn hierzulande natürliche Gegenspieler fehlen wie Freßfeinde oder Krankheiten und die „Einwanderer“ aufgrund ihrer erfolgreichen Vermehrungs- und Verbreitungsstrategien dominante Bestände ausbilden können, ist es durchaus realistisch, nicht nur von einer Verdrängung, sondern sogar vom Aussterben einzelner Tier- und Pflanzenarten zu sprechen, da Gegenmaßnahmen nicht nur äußerst schwierig, sondern größtenteils unmöglich sind.“

Wer hat das gesagt?

Laura Horn in der Ausgabe 1/2009 der Zeitschrift *Umwelt & Aktiv*. Horn ist regelmäßige Autorin der als Mitgliederzeitschrift des Midgard e.V. herausgegebenen rechtsextremen *Umwelt & Aktiv*. Das NPD-nahe Magazin verbindet in seinen Ausgaben Natur-, Heimat- und Tierschutzthemen mit völkischen Ideologien.

Was steckt dahinter?

Dieser Satz könnte genau so in jeder beliebigen Publikation von Natur- und Umweltschutzverbänden, staatlichen Institutionen oder wissenschaftlichen Studien stehen. Und genau das ist ein Problem.

Dieses Zitat ist im Kontext der Naturschutzdebatte um sogenannte Neobiota zu verstehen. Neobiota sind Arten, die sich in einem Gebiet etabliert haben, in dem sie zuvor nicht heimisch waren. Mit „zuvor“ ist hier das Jahr 1492 (also das Jahr der Landung von Christoph Kolumbus auf den Antillen) gemeint. Alle Arten, die sich vor 1492 in einem Gebiet etabliert haben, werden als Archäobiota verstanden. Das Bundesamt für Naturschutz bezeichnet sowohl Neobiota als auch Archäobiota als „gebietsfremd“. Einheimisch sind für viele deutsche Naturschüt-

zer*innen hingegen nur solche Arten, die ohne menschlichen Einfluss in einem bestimmten Gebiet vorkommen. Als Zeithorizont dient hier die letzte Eiszeit.

Im wissenschaftlichen Naturschutz gibt es keine einheitliche Definition, ab wann ein Organismus „invasiv“ ist. Je nach Standpunkt wird bereits die Einführung durch den Menschen und die lokale Etablierung von Arten als „invasiv“ bezeichnet. Andere Definitionen setzen Ausbreitung und Verdrängung von Arten voraus.

Die wahrgenommene Zunahme an Neobiota mit „invasivem Charakter“ in Deutschland wird häufig in Verbindung gebracht mit dem anthropogenen (durch den Menschen) verursachten Klimawandel und der Globalisierung. Handel, Transport, Verkehr und die veränderten Temperaturen werden verantwortlich gemacht für das Auftreten von Neobiota.

Die Maßnahmen gegen Neobiota lauten: verhindern, kontrollieren und beseitigen. Den rechtlichen Rahmen dazu bieten die Biodiversitätskonvention von 1992, das Bundesnaturschutzgesetz von 2004 und die EU-Verordnung Nr. 1143/2014 aus dem Jahr 2014. Einigkeit besteht hier darin, dass überhaupt gegen „gebietsfremde Arten“, die den „einheimischen Arten“ „gefährlich“ werden, vorzugehen ist.

Eine Beurteilung über die Sinnhaftigkeit solcher Maßnahmen soll hier gar nicht stattfinden. Aber klar dürfte sein, dass sich für Rechtsextreme mit der verwendeten Sprache ein Einfallstor ergibt. Man ersetze in dem obigen Zitat einfach die „Tier- und Pflanzenarten“ durch „das deutsche Volk“. Plötzlich befinden wir uns in Untergangsszenarien von dem „invasiven Einwanderer“ und den „Fremdlingen“, die für das Aussterben der „Deutschen“ sorgen würden. Als Maßnahmen werden „Ausrottung und Bekämpfung der Plagen“ vorgeschlagen. Das lässt sich eins zu eins auf migrationsfeindliche Forderungen übertragen. Mit

Thema: Postwachstum

dankbarer Hilfestellung des Fachvokabulars im Naturschutz können Rechtsextreme also ihre menschenverachtende Vorstellung von „Blut und Boden“, der natürlichen Verbindung von Menschen und Arten an bestimmte Regionen begründen.

Was lässt sich dem entgegen?

Da es sich bei der Debatte um Neobiota um eine Fachdebatte handelt, in der die gleichen Begriffe benutzt werden wie von Rechtsextremen, sollte vor allem in Richtung demokratischer Akteur*innen auf die Anschlussfähigkeit ihrer Sprachbilder hingewiesen werden. Grundsätzlich sollten menschengemachte Konzepte, wie das der „heimischen“ und „gebietsfremden“ Arten, regelmäßig und basierend auf derzeitigen Entwicklungen (wie zum Beispiel dem Klimawandel) und vor dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Stets muss sichergestellt werden, dass der Diskurs über „gebietsfremde“ Arten nicht auf einer ökologisch kaum zu rechtfertigenden Hierarchisierung „heimischer“ gegenüber „gebietsfremder“ Arten basiert. Es muss zudem sichergestellt werden, dass Natur im Zusammenhang mit der Debatte um Neobiota nicht als Projektionsfläche dient.

Gegenüber Rechtsextremen lässt sich entgegen, dass sich die Neobiota-Debatte trotz gleicher Sprache nicht auf Menschen übertragen lässt und es keine verschiedenen „Arten“ von Menschen gibt, die aufgrund des Zuzugs einer anderen „Art“ aussterben drohen. Es handelt sich schlicht um rassistische Denkmuster, die mit Argumenten aus dem Naturschutz legitimiert werden. Ein demokratischer Naturschutz erweitert seinen Blick: In der Regel sind Neobiota nicht die Ursache von Problemen, sondern vielmehr Symptom aktueller und/oder langfristiger Entwicklungen – wie zum Beispiel der zunehmenden Intensivierung der Landwirtschaft und den damit zusammenhängenden Stickstoffeinträgen in Böden, dem Vorhandensein von Monokulturen, der weltweit zunehmenden Mobilität von Waren, Menschen und

Wissen und dem anthropogen verursachten Klimawandel. Ein demokratischer Naturschutz erkennt zudem an, dass die Landschaften, die wir in Europa vorfinden, größtenteils keine Wildnis darstellen, sondern durch menschliche Aktivitäten hervorgebracht wurden. Es handelt sich also eher um Kulturlandschaften, die natürlich dennoch schützens- und erhaltenswert sein können.

„Welches Tempo an Veränderung Menschen und Natur vertragen, welchen Wert Eigenart, Besonderheit und Vielfalt haben – im natürlichen wie im kulturellen Raum –, das sind Fragen, über die explizit diskutiert werden sollte. In der Debatte über Neophyten tauchen mögliche Positionen dazu allenfalls implizit auf. Für die Verwirklichung und konkrete Ausgestaltung naturschützerischer Ziele wäre es freilich wesentlich zentraler, diese ‚nicht thematisierten Voraussetzungen‘ zu diskutieren als die Frage, wie viele fremde Arten die heimische Natur verträgt.“

Uta Eser, Umweltethikerin, 2004, in „Projektionsfläche Natur. Zum Zusammenhang von Naturbildern und gesellschaftlichen Verhältnissen“

„Die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie wird das zentrale Thema des 21. Jahrhunderts. Diese verlangt nach dem Sturz des ‚Götzen Wachstum‘ die Schaffung einer Vielheit subglobaler, mit gewachsenen Kulturräumen zur Deckung gebrachten Wirtschaftsräume.“

Wer hat das gesagt?

Landolf Ladig in der Ausgabe 1/2012 der Zeitschrift *Volk in Bewegung & Der Reichsbote*. Der Beitrag erschien unter dem Titel „Die Krise des Liberalismus“. Die rechtsextreme Zeitschrift wird vom Nordland Verlag von Thorsten Heise, dem stellvertretenden Vorsitzenden der NPD, herausgegeben. Landolf Ladig ist ein Pseudonym, hinter dem sich nach Analysen des Soziologen Andreas Kemper der Vorsitzende der AfD in Thüringen, Björn Höcke, verbirgt. Selbst ein Gutachten des AfD-Bundesvorstandes im Zuge des Parteiausschlussverfahrens gegen Höcke kam zu diesem Schluss (<https://www.belltower.news/afd-gutachten-bjoern-hoecke-schrieb-als-landolf-ladig-fuer-die-mpd-43524/>).

Was steckt dahinter?

Seit dem Bericht an den Club of Rome über „Die Grenzen des Wachstums“ im Jahr 1972 und in verschärfter Form seit der Weltfinanzkrise 2008 finden sich in verschiedenen politischen Lagern Modelle und Konzepte für eine Postwachstumsökonomie. Die sichtbar werdende Umweltzerstörung, der hohe Ressourcenverbrauch und die sozialen Folgen sorgen für ein Umdenken. Der kapitalistische „Wachstumsfetisch“ müsse auf die eine oder andere Weise überwunden oder gebremst werden, um den Planeten auch in der Zukunft bewohnbar für die Menschheit zu hinterlassen.

Solche Ideen finden auch in der „Neuen Rechten“ und im völkischen Lager Anhänger*innen. Beide Gruppierungen, die nicht

ganz trennscharf voneinander abzugrenzen sind, lehnen einen auf Zinsgeld basierenden Finanzkapitalismus ebenso ab wie die Zerstörung der Umwelt und ganz besonders der „heimischen“ Natur. Ladig sieht in der „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie“ nicht nur die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts, sondern tritt auch dafür ein, dass diese von der „identitären Systemopposition“ vorangetrieben und vereinnahmt werden muss. Der Begriff der „identitären Systemopposition“ kann auch als völkischer Nationalismus übersetzt werden. Völkische Nationalisten und Neu-Rechte verstehen die Ökologie und den Naturschutz seit jeher als „ihre“ Themen, welche von der Umweltbewegung der 70er-Jahre und schließlich der Partei „Die Grünen“ entwendet und fälschlich von links besetzt wurde.

So wittert Ladig mit der Postwachstumsthematik die Chance, diese „identitär“ zu besetzen, da sich die Grünen inzwischen mit dem kapitalistischen System abgefunden hätten und nicht in der Lage seien, den „Götzen Wachstum“ zu stürzen. Ähnlich wie Ladig sieht auch der Vordenker der französischen „Neuen Rechten“ Alain de Benoist ein ungemeines Anschlusspotenzial für Postwachstumsbewegungen nach rechts. Die Rückbesinnung auf kleinteilige Wirtschaftsräume mit einer größeren Wertschätzung für regionale Lebensmittel und andere Produkte kann zu einer größeren Identifikation mit der Region führen. Und aus dieser Identifikation können wiederum homogene Bevölkerungsgruppen gemeinschaftlich erstarken. Die Deckungsgleichheit von „gewachsenen Kulturräumen“ und „Wirtschaftsräumen“ soll also zu einer Stärkung des Grundsubjekts völkischer Ideologie führen: der Volksgemeinschaft.

Zusätzlich spielen Gedanken um eine Loslösung von Kredit- und Zinsgeldsystemen eine Rolle, um sich unabhängig von globalen Finanzmärkten zu machen. Hier beziehen sich rechtsextreme Wachstumsgegner*innen teilweise auf die Freiwirtschaftslehre von Silvio Gesell. Mit seinem Konzept von Bodenreformen und Freigeld schlug er Anfang des 20. Jahrhunderts ein alternatives

Geldsystem vor, was nach Ansicht des Ökonomen Elmar Altva-
ter als „sozialdarwinistisches Konzept“ angelegt ist. Die Ideen
von Gesell tauchen seit 2008 auch in Überlegungen rechtsext-
remer Theorien wieder verstärkt auf.

Was lässt sich dem entgegen?

In Überlegungen zu Postwachstumsökonomien sind die Über-
schneidungen zwischen Demokrat*innen und Rechtsextremen
besonders hoch. Daher sollten die Motive genauer betrachtet und
thematisiert werden. Aus rechtsextremer Perspektive geht es um
die Stärkung der Identität und der Volksgemeinschaft durch eine
Abkehr vom Wachstumsdenken und der Ressourcenverschwen-
dung. Die Rückkehr in regionale Strukturen soll letztlich auch
Migrationsbewegungen verringern und ist rassistisch motiviert.

Aus demokratischer Sicht sollten dagegen Chancen für eine
gerechtere globale Verteilung von Ressourcen und Wohlstand und
das Ziel der Klimagerechtigkeit durch Postwachstumsansätze be-
tont werden. Alle Menschen sollen auf diesem Planeten ein „Gutes
Leben“ (Buen Vivir) führen können, nicht nur die Deutschen.

Ein demokratischer und menschenrechtsbejahender Umwelt-
schutz erkennt an, dass nicht das Wachstum an sich und pauschal
das zu beseitigende Übel ist. Natürlich braucht es gerade in vielen
Ländern des Globalen Südens eher ein mehr an Wachstum. Aus ei-
ner „satten“ Perspektive heraus hier den Verzicht zu propagieren
und die Vorzüge der selbstausbeuterischen Subsistenzwirtschaft
anzupreisen, hat nichts mit Humanität und dem „Guten Leben“ für
alle zu tun. Demokratische Umweltschützer*innen richten sich
deshalb ausschließlich gegen ausbeuterisches Wachstum und set-
zen sich zudem kritisch mit der Moralisierung der Ökonomie, wie
sie in weiten Teilen der Postwachstumsdebatte betrieben wird,
auseinander. Sie erkennen an, dass diese auch das Potential für die
Etablierung rückwärtsgewandter Ideologien bereithält.

*„Es ist mit Blick auf den Globalen Süden
eine Selbstverständlichkeit, für Wachstum
einzutreten. Es braucht ein immenses Wachstum
an Kläranlagen, Straßen, Schienen, Stromnetzen,
öffentlichen Verkehrsinfrastrukturen, sicheren
Jobs, privatem Konsum, bewohnbaren
Wohnungen und so weiter.“*

Winfried Rust, 2018, in der Zeitschrift Iz3W



Thema: Regionale Wirtschaftskreisläufe

*„Raumgebundene Volkswirtschaft
Ziel der Partei DER DRITTE WEG ist die
Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien,
Betrieben der allgemeinen Daseinsfürsorge,
Banken, Versicherungen sowie aller
Großbetriebe. Zur Wiederherstellung
der Selbstversorgung Deutschlands mit
Grundnahrungsmitteln ist die Eigenwirtschaft
von Einzel- und Familienbetrieben sowie
Landwirtschaft im besonderen Maße zu fördern.“*

Wer hat das gesagt?

Die Partei Der Dritte Weg schreibt dies in ihrem 10-Punk-
te-Programm. Der Dritte Weg ist eine rechtsextreme neo-
nazistische Kleinpartei, die nach eigener Aussage seit ihrer
Gründung im Jahr 2013 für einen „deutschen Sozialismus“ mit
ökologischem Schwerpunkt eintritt.

Was steckt dahinter?

Die wirtschaftspolitische Forderung nach der Verstaatlichung
„sämtlicher Schlüsselindustrien, Betrieben der allgemeinen Da-
seinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetrie-
be“ könnte zunächst von jeder sozialistischen Partei oder Grup-
pierung stammen oder als Hommage an den real existierenden
Sozialismus in der DDR gelten. Doch entgegen sozialistischen
Idealen einer internationalen Ausrichtung von Politik bezieht
sich die Partei Der Dritte Weg nur auf Deutschland und die deut-
sche Volkswirtschaft. Dementsprechend treten sie und andere
rechtsextreme Gruppierungen gerne für einen „Deutschen Sozia-
lismus“ oder „nationalen Sozialismus“ ein. Die semantische Nähe
zum Nationalsozialismus ist dabei bewusst gewählt.

Dem Parteinamen entsprechend fordert der „Dritte Weg“ einen
Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Dabei soll nicht
alles vereinheitlicht werden, sondern jede*r Einzelne gefordert
und gefördert werden, um „die größtmögliche Schaffenskraft
für das gesamte Volk zu erreichen“.

Hinter dem Konzept der „raumgebundenen Volkswirtschaft“
steckt eine Abkehr oder ein komplettes Zurückdrehen der
Globalisierung. Deutschland soll in der Lage sein, sich ohne
Abhängigkeiten von anderen Staaten selbst zu versorgen. Die-
ser Anspruch bezieht sich auf Energieversorgung, Ressourcen
und Nahrungsmittel. Aus extrem rechter Perspektive ist die
Abhängigkeit von ausländischen Staaten, Firmen oder Banken
ein unhaltbarer Zustand. Die Einflüsse von außen auf das Leben
des „deutschen Volks“ soll daher auf ein Minimum reduziert
werden. In der Vorstellung eines überhöhten Volksgedankens
braucht Deutschland ohnehin keine Hilfe von anderen.

Ein wichtiger Bestandteil der „raumgebundenen Volkswirt-
schaft“ ist die Förderung von Einzel- und Familienbetrieben
sowie einer bäuerlichen Landwirtschaft. Die Ablehnung inter-
nationaler Konzerne und Großbetriebe lässt sich mit kapita-
lismuskritischem und dabei antisemitischem Denken erklären.
Die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe und bäuerli-
cher Landwirtschaft erklärt sich aus der ideologischen Nähe
zum „Blut und Boden“-Mythos. Die Agrarpolitik im NS-Regime
unter Führung von Reichsernährungsminister Walther Darré
(1895–1953) sah eine Umstrukturierung zu einer ökologischen
und kleinbäuerlichen Landwirtschaft vor, in der die Menschen
durch ihre Abstammung den Bezug zum Boden deutlich spüren
und die Früchte der „eigenen Scholle“ und des „deutschen Bo-
dens“ auch gut für das „deutsche Volk“ seien. Da sich Rechtsext-
reme generell sehr um die umweltschädlichen Einflüsse auf die

„Volksundheit“ sorgen, bietet sich die Art der Landwirtschaft als ökologisch und „natürlich“ gut an.

Insgesamt kann das Konzept der Partei Der dritte Weg wohl in Anlehnung an den berühmten Spruch der Umweltbewegung der 70er-Jahre „think global, act local“ (global denken, lokal handeln) mit „think local, act local“ (lokal denken, lokal handeln) beschrieben werden.

Was lässt sich dem entgegen?

Die Originalversion der Umweltbewegung hat nichts an Aktualität verloren: „think global, act local“. Jegliche positiven Elemente einer Orientierung auf regionale Wirtschaftskreisläufe laufen ohne die globale Perspektive ins Leere. Abgesehen davon würden mit dem Konzept der „raumgebundenen Volkswirtschaft“ auch alle Vorteile eines globalisierten Austauschs von Waren und Ideen sowie der Bewegungsfreiheit von Menschen verloren gehen.

Die Forderungen nach Verstaatlichungen, regionaler Orientierung und bäuerlicher Landwirtschaft mögen für manche unterstützenswert klingen. Das sind sie aber nicht, wenn sie die Grundlage eines völkischen Staates sein sollen. Daher sollten stets die Motive von Maßnahmen hinterfragt und in einem solchen Fall abgelehnt werden.

Ein demokratischer Natur- und Umweltschutz hält an dem Slogan „think global, act local“ fest. Die Akteur*innen machen deutlich, dass lokales Handeln nicht auf das Wohl einiger weniger abzielt, sondern stets die Weltgemeinschaft und die gesamte Welt als lebenswerten Ort im Blick hat. Das Eintreten für Regionalität begründet sich hier über die Reduzierung von klimaschädlichen CO₂-Emissionen und Ressourcenverbrauch.

„Die eskalierende Klimakrise ruft nach lokalen Lösungen und regionalen Wirtschaftskreisläufen, denn wir können es uns schon alleine klimabedingt schlicht und einfach nicht mehr leisten billigste Wegwerfkonsumgüter in Containerschiffen um die Welt zu jagen.“

Smitha Francis, Lila Cabarelo, Cédric Durand, 5.9.2017 in <https://de.rosalux.eu/publikationen/globale-progressive-industriepolitik-eine-alternative-fuer-mehr-gerechtigkeit/>



Thema: Tierschutz

„Die in Deutschland von muslimischen Metzgern und Halal-Schlachthöfen vorgenommene islamkonforme Art des Schlachtens von Wirbeltieren, das Schächten, bei dem den Schlachttieren bei lebendigem Leibe und vollem Bewusstsein die Kehle durchgeschnitten wird, muss der Vergangenheit angehören. Die damit unter Berufung auf die Religionsfreiheit einhergehende grausame Tierquälerei (...) muss beendet werden.“

Wer hat das gesagt?

Die Bürgerbewegung Pax Europa in einer Pressemitteilung zum Welttierschutztag am 4. Oktober 2016. Pax Europa ist ein islamfeindlicher Verein, der sich unter anderem gegen den Neubau von Moscheen einsetzt. Der Verein steht dem rechts-populistischen Blog „Politically Incorrect“ nahe.

Was steckt dahinter?

Der Tierschutz hat im Rechtsextremismus Tradition. Das liegt nicht daran, dass Rechtsextreme ein besonders großes Herz für Tiere hätten, sondern an der problemlosen Instrumentalisierung des Themas. Es ist verhältnismäßig leicht, an die Empathie der Bevölkerung zu appellieren, wenn es um Tierquälerei, industrielle Massentierhaltung oder generell das Schlachten geht. Gerade beim Schlachten wird ein Verbot des Schächten gefordert. Schächten nennt man das rituelle Schlachten ohne vorherige Betäubung der Tiere, was in Teilen des Judentums und des Islams praktiziert wird. Diese Art der Schlachtung wird von Tierschutzverbänden als besonders brutal eingestuft und ist in Deutschland verboten. Da es sich bei der Religionsfreiheit allerdings um ein wichtiges Grundrecht handelt, können Sondergenehmigungen zum

Schächten erteilt werden. Außerdem wurde mit einer elektrischen Kurzzeitbetäubung der Tiere eine Kompromisslösung gefunden. Doch diesen Kompromiss lehnen Rechtsextreme ab, weil es ihnen vordergründig darum geht, die Religionsfreiheit von jüdischen und muslimischen Menschen zu beschränken. Dahinter steckt dann antisemitischer und antimuslimischer Rassismus.

Bereits im späten 19. Jahrhundert gab es zahlreiche Tierschutzvereine, die sich gegen das Schächten und gegen Tierversuche aussprachen und dabei meist antisemitisch argumentierten. So herrschte ein Stereotyp von jüdischen Ärzten vor, die aus wissenschaftlichem Interesse Tierversuche durchführen und diese Tiere dabei bereitwillig quälen würden. In deutschnationalen und völkischen Kreisen verfestigte sich diese Vorstellung zum



ohnehin stark ausgeprägten Antisemitismus. Dankbar nahmen wenig später die Nationalsozialisten die Tierschutzdebatte auf, verboten 1933 das Schächten und führten das erste Reichstierschutzgesetz ein. So konnten erste staatliche Repressionen gegen jüdische Menschen auch noch als moralisch notwendig gerechtfertigt werden.

Seit 1945 finden sich die gleichen Motive und Forderungen in Programmen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien wieder. Der einzige Unterschied ist, dass mit dem vermehrten Zuzug von Menschen muslimischen Glaubens auch der antimuslimische Rassismus eine größere Rolle spielt.

Bei diesem Zitat geht es dezidiert um „Halal-Schlachthöfe“ und „muslimische Metzger“, weil sich Pax Europa den Islam als Feindbild ausgesucht hat. Erweitert man den Blick allerdings ins weitere Feld des rechtsextremen Spektrums, finden sich dort auch antisemitische Motive, die sich an Argumentationen aus der NS-Zeit orientieren.

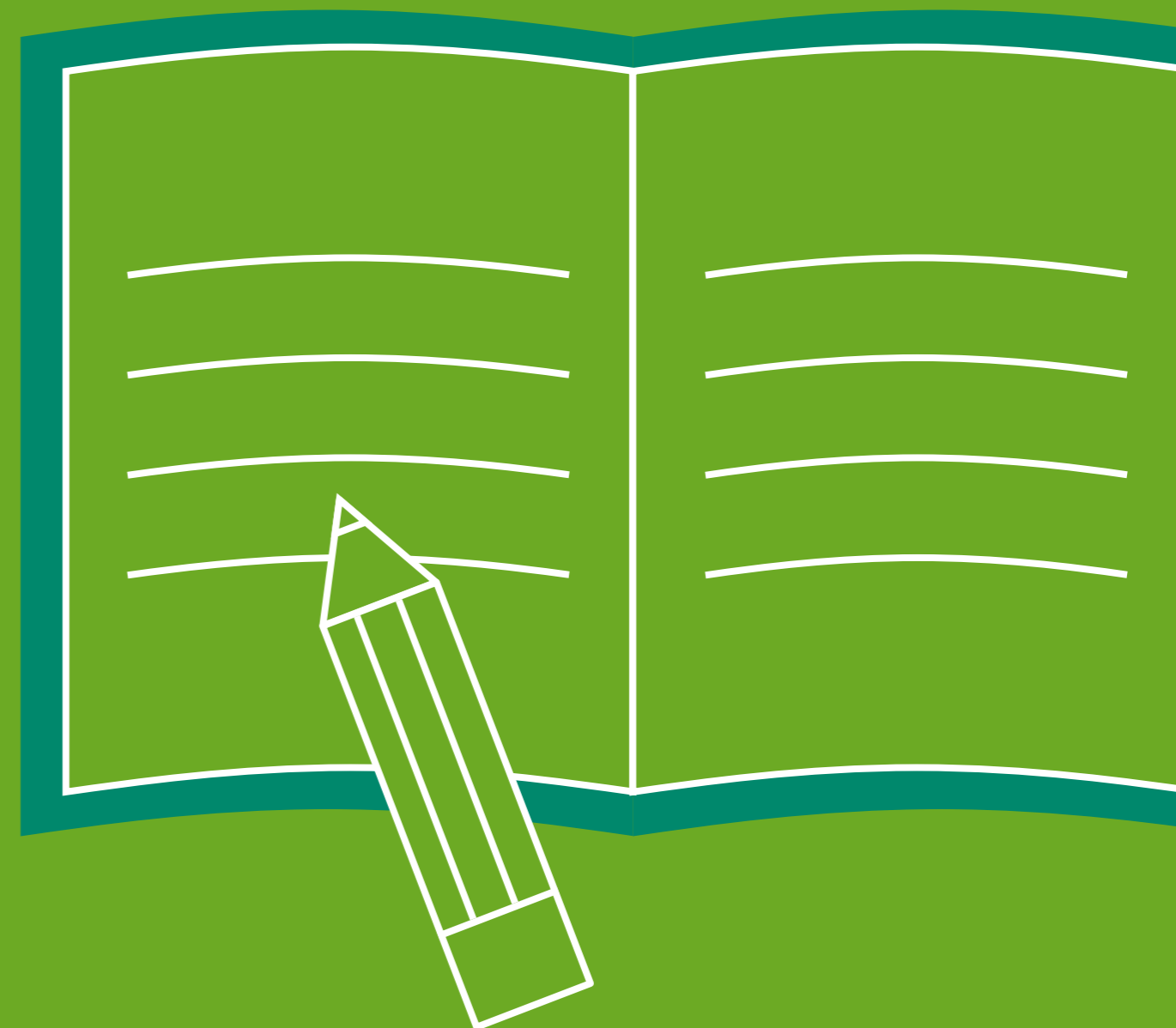
Was lässt sich dem entgegen?

Mit dem Tierschutz wird von rechtsextremer Seite geschickt ein in der Bevölkerung beliebtes Anliegen bespielt. Daher ist die Argumentation dagegen nicht immer ganz einfach, zumal viele Forderungen deckungsgleich mit denen demokratischer Verbände sind. Es sollte klar benannt werden, dass die Religionsfreiheit nach Art. 4 GG nicht zuletzt vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ein elementares und schützenswertes Grundrecht ist. Der Tierschutz ist zwar ein verfassungsmäßiges Staatsziel nach Art. 20a GG, aber im Zweifelsfall den Grundrechten unterzuordnen.

Der demokratische Weg wäre es, einen Kompromiss zu suchen, wie er zum Beispiel mit der elektrischen Kurzzeitbetäubung gefunden wurde. Rechtsextreme sind aber an einem Kompromiss nicht interessiert, da es ihnen nur um Repressionen gegenüber jüdischen und muslimischen Menschen geht. Das sollte in der Auseinandersetzung immer wieder betont und abgelehnt werden.

„Es gibt eine Reihe von Gesetzen in der Tora, im Talmud oder den nachtalmudischen Kodizes, die den Tierschutz zum Gegenstand haben. Die strengen Vorschriften des Schächdens stehen ebenfalls im Zeichen des Tierschutzes.“

Rabbiner Dr. Israel Meir Levinger, 1997



Glossar

Ableismus: bezeichnet die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihnen zugeschriebener körperlicher oder geistiger Beeinträchtigungen.

Biologismus: die Übertragung von Erkenntnissen aus dem Tier- und Pflanzenreich auf menschliche Gesellschaften. Oftmals verbunden mit rassistischen Erklärungsmustern.

„Blut und Boden“-Ideologie: zentrale Grundlage der NS-Politik zur Umstrukturierung des Reiches in einen völkischen Bauernstaat. Vorstellung der natürlichen Verbindung von Volk und Raum durch Blut und Boden.

Eugenik, eugenisch: Anwendung theoretischer Erkenntnisse der Humangenetik auf die Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik beziehungsweise den Genpool einer Population mit dem Ziel, den Anteil positiv bewerteter Erbanlagen zu vergrößern. Unter anderem die Nationalsozialisten nutzten diese Erkenntnisse zur Ermordung von Menschen.

Globaler Norden, Globaler Süden: Der Globale Süden beschreibt eine im Vergleich politisch und ökonomisch benachteiligte Position, wohingegen der Globale Norden eine mit Privilegien verbundene Position auf der Welt beschreibt. Die Unterscheidung geht unter anderem auf verschiedene Erfahrungen mit dem Kolonialismus und der damit verbundenen Ausbeutung des Südens durch den Norden zurück.

Gutes Leben (Buen Vivir): Das Konzept des „Guten Lebens“ beziehungsweise „Buen Vivir“ beruft sich auf indigene Traditionen und Wertvorstellungen im Andenraum. Es versteht sich als neues Entwicklungskonzept, das sich von westlichen Wohlstandsparadigmen verabschiedet, und das menschliche Zusammenleben nach ökologischen und sozialen Normen ins Zentrum seiner Philosophie stellt.

Identitäre Bewegung (IB): neu-rechte und aktionsorientierte Jugendbewegung. Inszeniert sich vor allem online als modern und widerständig gegen Migrationsbewegungen.

Identität: In Bezug auf menschliche Gruppierungen wird häufig eine gemeinsame Identität beschworen. Diese kann durch Sprache, Kultur oder Werte bestimmt werden. Außerdem neu-rechter Kampfbegriff zur Verteidigung des Eigenen gegen jegliches Fremde.

Lebensraum: in der Biologie auch Habitat oder Biotop; bezeichnet die Umgebung von einzelnen Arten. Durch die ideologische Verwendung des NS-Regimes in Verbindung mit den Vernichtungskriegen im Zweiten Weltkrieg als Begriff vorbelastet.

Neokolonial: in Anlehnung an den Kolonialismus (der politischen Beherrschung von Ländern des Globalen Südens durch den Globalen Norden) eine auf wirtschaftliche Macht bezogene Form des Kolonialismus durch Staaten und Konzerne.

neu-rechts: „Neue Rechte“ ist die umstrittene Abgrenzung von „alt-rechten“ Gruppierungen und Ideologien. Hauptunterschied ist die Verurteilung der NS-Verbrechen aus neu-rechter Perspektive.

Rechtsextremismus: bezeichnet politische Ideologien, die auf einem Verständnis von der Ungleichwertigkeit von Menschen ausgehen. Zusätzliche Bestandteile sind Chauvinismus, Sozialdarwinismus und Autoritarismus.

Subsistenzwirtschaft: Wirtschaftsform, die sich auf die Selbstversorgung der eigenen Familie oder kleinen Gruppe mit Nahrungsmitteln konzentriert und sich nicht an marktwirtschaftlichen Produktionsmechanismen orientiert.

völkisch: Ableitung von „Volk“. Im Zuge der „völkischen Bewegungen“ verbunden mit rassistischen Vorstellungen von der homogenen Zusammensetzung einer Gesellschaft verwendet.

Weiterführende Literatur

Bierl, Peter: Grüne Braune. Umwelt-, Tier- und Heimatschutz von rechts. Münster, 2014

Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten. Bonn, 2015; online verfügbar unter www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/skript394.pdf

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Online-Dossier zu rechter Ökologie; online verfügbar unter www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/211915/oekologie

Eser, Uta: Der Naturschutz und das Fremde: Ökologische und normative Grundlagen der Umweltethik. Frankfurt, 1999

Franke, Nils: Naturschutz – Landschaft – Heimat. Romantik als eine Grundlage des Naturschutzes in Deutschland. Wiesbaden 2016

Franke, Nils/Pfenning, Uwe (Hrsg.): Kontinuitäten im Naturschutz. Zur Kontinuität von Machtteilen des Naturschutzes 1945 bis 1970. Baden-Baden 2014

Geden, Oliver: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin, 1999

Gröning, Gert/Wolschke-Bulmahn, Joachim: Die Liebe zur Landschaft. Teil 1: Natur in Bewegung. Zur Bedeutung natur- und freiraumorientierter Bewegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts für die Entwicklung der Freiraumplanung. 2. Aufl., Münster, 1995

Gröning, Gert/Wolschke-Bulmahn, Joachim: Die Liebe zur Landschaft. Teil 2: Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landespflege im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges in den „eingegliederten Ostgebieten“. München, 1987

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Braune Ökologen: Hintergründe und Strukturen am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern. 2012; online verfügbar unter www.boell.de/sites/default/files/Braune-Oekologen.pdf

Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Naturschutz gegen Rechtsextremismus – eine Argumentationshilfe. Mainz 2012; online verfügbar unter https://umdenken.rlp.de/fileadmin/um_denken/PDFs_Logos_PowerPoints/Dateien_Naturschutz_gegen_rechts/broschuere_ngr_downloadversion.pdf

Zechner, Johannes: Natur der Nation. Der „Deutsche Wald“ als Denkmuster und Weltanschauung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Wald, 2017, S. 4-10; online verfügbar unter www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2017-49-50_online.pdf

Bundesweite Bildungsangebote der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)

Wir bieten bundesweit In-House-Workshops zu vier Themenschwerpunkten an. Die Inhalte werden zielgruppenspezifisch aufbereitet. Alle Schwerpunktthemen können auch als Vortrag mit anschließender Diskussion gebucht werden.

Workshop 1 Rechtsextremismus und Naturschutz

Dauer: halbtägig

Der Workshop führt allgemein in das Themenfeld ein. Die Teilnehmer*innen werden sensibilisiert für die historischen und die aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit extrem rechten Ideologien. Der Workshop versetzt die Teilnehmer*innen in die Lage, demokratiefeindliche und menschenverachtende Ideologien und Denkmuster im Natur- und Umweltschutz zu identifizieren. Darauf aufbauend erarbeiten und diskutieren wir mögliche Handlungsoptionen im Sinne einer Prävention und Intervention.

Workshop 2 Ökologie in der Neuen Rechten

Dauer: halbtägig

Nicht nur bekennende Anhänger*innen des Nationalsozialismus, sondern auch die sogenannte „Neue Rechte“ beschäftigt sich mit ökologischen Themen. Oft werden bei ihnen rückwärtsgewandte Konzepte mit progressiven Elementen wie zum Beispiel Postwachstumsökonomie, Fair Trade und Nachhaltigkeitskonzepten verbunden. Das Seminar beleuchtet die Argumentationsweisen neu-rechter Akteur*innen und Gruppierungen und wirft einen Blick auf deren mediales Erscheinungsbild. Die Teilnehmer*innen lernen unterschiedliche neu-rechte Akteur*innen kennen und setzen sich mit deren Engagement für Natur und Umwelt auseinander. Die Teilnehmenden werden für Argumentationsmuster sensibilisiert, die auf den ersten Blick nicht so leicht als rechtsextrem erkannt werden.

Workshop 3 Natur- und umweltpolitische Themen in Publikationen der extrem Rechten

Dauer: ganztägig

Natur- und Umweltschutzthemen finden sich immer wieder auch in Publikationen von extrem Rechten. Das Engagement für Umwelt, Natur und Tier ruft in der Mehrheitsgesellschaft Sympathien hervor. So werden demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen und Ideen in die Mitte der Gesellschaft transportiert. Wie erkennt man Publikationen von rechten Gruppierungen? Welche Sprachbilder werden verwendet? Der Workshop befähigt die Teilnehmer*innen, rechtes Gedankengut in Publikationen zu identifizieren und den eigenen Sprachgebrauch im Hinblick auf Anschlussfähigkeiten nach rechts kritisch zu hinterfragen.

Workshop 4 „Naturschutz ist Heimatschutz“

Dauer: ganztägig

Nicht erst seit es ein Ministerium des Innern, für Bau und Heimat gibt, ist der Heimatbegriff wieder in aller Munde. Während die einen ihn gerne gegen die (extrem) Rechte verteidigt oder zurückerobert sehen würden, sagen andere, dass dieses Konzept auch in Zukunft nicht für Weltoffenheit und demokratische Prinzipien stehen wird. In der extrem Rechten finden wir den Heimatbegriff vor allem dann, wenn es um Natur- und Umweltschutz geht: „Naturschutz ist Heimatschutz“. Harmlos, oder? Der Workshop geht auf die Entstehungsgeschichte des Natur- und Umweltschutzes ein und analysiert anhand von historischen Quellen insbesondere das Konzept des Heimatschutzes als Teil der rechten Umweltideologie.

Weitere Publikationen der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)

Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung Berlin, 2018

Wo finden sich in aktuellen Natur- und Umweltschutz-Debatten Anknüpfungspunkte für rechte Ideologien? Welche historischen Kontinuitäten gibt es? Wie können demokratische Natur- und Umweltschützer*innen dem entgegenwirken? Diese Fragen beantwortet die FARN-Handreichung an ausgewählten Beispielen. Zum Beispiel sprechen rechtsextreme Naturschützer*innen im Zusammenhang mit gebietsfremden Arten (Neobiota) oft von „Fremdlingen“, „Plage“ oder „Eroberern“. Die Botschaft dabei ist: Das Fremde bedroht die heimische Natur. Von hier ist es für rechtsextreme Naturschützer*innen nicht mehr weit zu neu-rechten Verschwörungstheorien wie etwa der „Umvolkung“. Die FARN-Handreichung, die sich vor allem an Aktive im Natur- und Umweltschutz, in der Rechtsextremismusprävention und der Kinder- und Jugendarbeit richtet, macht diese Zusammenhänge sichtbar und bietet einen ersten Einstieg in das Thema. Online abrufbar unter www.nf-farn.de/rechtsextreme-ideologien-natur-umweltschutz

Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz Berlin, 2019

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist nicht nur ein Phänomen des Rechtsextremismus. Rassistische, sexistische, behindertenfeindliche und andere menschenverachtende Haltungen, Strukturen und Handlungen finden sich überall in unserer Gesellschaft. Folglich ist der Natur- und Umweltschutz hiervon nicht ausgenommen. Auch hier finden sich Denkmodelle und Vorgehensweisen, die den Grundsätzen der Demokratie (zum Beispiel Minderheitenschutz, Achtung der Menschenrechte) zuwiderlaufen. Meist geschieht dies unwissentlich und unabsichtlich. Die vorliegende Broschüre richtet sich an Aktive im Natur- und Umweltschutz. Sie bietet den Leser*innen die Möglichkeit, sich anhand von Debattenbeiträgen mit Aspekten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz auseinanderzusetzen. Gleichzeitig gibt sie Denkanstöße und eröffnet Perspektiven, wie demokratiefördernder und menschenrechtsbejahender Natur- und Umweltschutz gestaltet werden könnte. Online abrufbar unter www.nf-farn.de/aspekte-gruppenbezogener-menschenfeindlichkeit-im-natur-umweltschutz

Gedruckte Exemplare können bestellt werden über info@nf-farn.de (solange der Vorrat reicht).

Impressum

1. Auflage 2019

Herausgeber

Fachstelle Radikalisierungsprävention
und Engagement im Naturschutz (FARN)
c/o NaturFreunde Deutschlands
Warschauer Straße 58a/59a
10243 Berlin

info@nf-farn.de

www.nf-farn.de

Gestaltung und Satz

BBGK Berliner Botschaft
Gesellschaft für Kommunikation mbH
www.berliner-botschaft.de

Bildnachweise

S. 7: flightlog/Flickr (CC-BY-SA-2.0); S. 9: Bündnis90/Die Grünen Baden-Württemberg/Flickr (CC BY-SA 2.0); S. 12: Kreuzschnabel/Wikimedia Commons (CC-BY-SA-3.0); S. 14: robert1029/Pixabay (CC0 Creative Commons); S. 18: Dennis Melsa/Naturfreundejugend Deutschlands; S. 20: Larissa Donges/Naturfreundejugend Deutschlands; S. 21: Jai79/Pixabay (CC0 Creative Commons).

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.

Ein gemeinsames Projekt der



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**